

**Resolution zur Vorlage  
bei der  
Vertreterversammlung  
am 27.04.2024**



## **Demokratie schützen - Hass und Hetze bedrohen psychische Gesundheit**

Vor dem Hintergrund erstarkender demokratiefeindlicher Kräfte und dem Bekanntwerden menschenverachtender „Remigrationspläne“ stellt sich die Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz an die Seite all derer, die seit Wochen bundesweit für demokratische Werte sowie eine freie, vielfältige und tolerante Gesellschaft demonstrieren.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung sichert die Wahrung der Grund- und Menschenrechte und damit die freie Entfaltung der Persönlichkeit aller Menschen. Sie fördert die Vielfalt der Lebensweisen und garantiert den Schutz von Minderheiten und vulnerablen Gruppen. Dies sind basale Voraussetzungen für psychische Gesundheit. Diskriminierung, Rassismus, Hass und Hetze gefährden nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern können auch das psychische Wohlbefinden massiv beeinträchtigen, wie zahlreiche Studien belegen.

Aus der deutschen Geschichte erwächst gerade den Gesundheitsberufen eine besondere Verantwortung: Wir erinnern an die jüdischen Ärzte, denen 1938 aufgrund ihrer Abstammung die Approbation entzogen wurde; wir erinnern auch an psychisch kranke Menschen und andere Patient\*innen, denen aufgrund ihrer Erkrankung Grund- und Menschenrechte abgesprochen wurden.

Die Vielfalt der kulturellen Hintergründe ist aus der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken und prägt besonders das Gesundheitssystem. Sowohl die ambulante als auch die stationäre Versorgung ließe sich gar nicht mehr aufrechterhalten, wenn inhumane „Remigrationen“ umgesetzt würden.

Die Mitglieder der Vertreterversammlung stellen sich entschieden gegen jegliche Form von Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Sie appellieren an die politischen Entscheidungsträger\*innen, aber auch an jede\*n Einzelne\*n, den Angriffen auf die demokratischen Grundlagen unseres Zusammenlebens entschieden entgegenzutreten. Diskriminierung, Hass und Hetze dürfen in keiner Form toleriert werden, die Diffamierung von Minderheiten darf kein legitimes politisches Mittel sein. Grund- und Menschenrechte für alle Menschen müssen gewahrt bleiben, um ein sicheres, gesundes Leben für alle weiterhin zu ermöglichen.